

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:458286-2021:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Fürstenfeldbruck: Dienstleistungen des Gesundheitswesens  
2021/S 176-458286**

**Auftragsbekanntmachung**

**Dienstleistungen**

**Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

**I.1) Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt Fürstenfeldbruck  
Postanschrift: Münchner Str. 32  
Ort: Fürstenfeldbruck  
NUTS-Code: DE21C Fürstenfeldbruck  
Postleitzahl: 82256  
Land: Deutschland  
E-Mail: [impfzentrum@lra-ffb.bayern.de](mailto:impfzentrum@lra-ffb.bayern.de)

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: [www.lra-ffb.de](http://www.lra-ffb.de)

**I.3) Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.baysol.de/eu.html>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.baysol.de/eu.html>

**I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

**I.5) Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

**Abschnitt II: Gegenstand**

**II.1) Umfang der Beschaffung**

**II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:**

Medizinische Dienstleistungen für das Impfzentrum in Fürstenfeldbruck

**II.1.2) CPV-Code Hauptteil**

85100000 Dienstleistungen des Gesundheitswesens

**II.1.3) Art des Auftrags**

Dienstleistungen

**II.1.4) Kurze Beschreibung:**

Gegenstand der Beschaffung sind medizinische Dienstleistungen zur Umsetzung der Neuausrichtung der für den Umgang mit der Corona-Pandemie entwickelten bayerischen Impfstrategie. Im Rahmen dieser Impfstrategie sollen Impfkapazitäten zum einen in einem sog. Basisbetrieb über mobile Impfteams und eine stationäre Impfsprechstunde angeboten werden. Hierfür ist auch die Einrichtung einer Basisstation für die logistische Steuerung und Organisation des Basisbetriebs erforderlich. Zum anderen soll optional ein sog.

Stand-by-Betrieb mit Notfalloption für den Fall bereit gestellt werden, sofern eine Erhöhung der Impfkapazität aufgrund kurzfristiger pandemischer Bedarfe erforderlich sein sollte.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE21C Fürstfeldbruck

Hauptort der Ausführung:

Industriestr. 1 82256 Fürstfeldbruck

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Bestandteile des Basisbetriebs sind Mobile Impfteams sowie das Angebot einer stationären Impfsprechstunde sowie der Betrieb des bereits bestehenden Impfzentrums unter der unter Ziff. 11.2.3) genannten Adresse als Basisstation für die nötige logistisch Steuerung und Organisation des Impfangebots. Die Mobilien Impfteams sollen an vier Tagen pro Woche zur Verfügung stehen und eine Impfkapazität von zunächst 200 Impfungen pro Tag gewährleisten. Ein Mal wöchentlich soll eine stationäre Impfsprechstunde im bereits bestehenden Impfzentrum angeboten werden. Im Rahmen der stationären Impfsprechstunde soll eine Impfkapazität von zunächst 100 Impfungen pro Tag gewährleistet werden.

Der Auftragnehmer kann sowohl für den Basis-Betrieb als auch für den Stand-by-Betrieb das Dienstplanmanagement der KVB nutzen.

(Vgl. Vergabeunterlage E (Vertrag nebst Anlagen), Vergabeunterlagen D.- D.3. (Lagepläne/Gebäudepläne) und Vergabeunterlage C (Leistungsbeschreibung).

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Preis

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 15/10/2021

Ende: 30/04/2022

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Verlängerungsoption gemäß Ziff. 4.1 des Vertrags (Vergabeunterlage E)

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Der Stand-by-Betrieb mit Notfall-Option soll es ermöglichen, die Impfkapazität zu erhöhen, wenn dies aufgrund kurzfristiger pandemischer Bedarfe notwendig werden sollte. Hierfür ist erforderlich, dass die stationären Impfkapazitäten - je nach Bedarf - innerhalb von vier Wochen auf ein von dem Auftraggeber vorgegebenes Maß von zusätzlich bis zu 1.100 Impfungen pro Tag (gerechnet auf eine 5-Tage-Woche) gesteigert werden können.

Der Auftragnehmer hat Vorsorge dafür zu treffen, dass bei Eintritt der Notfalloption zeitnah die personelle Ausstattung für die dann vorgesehenen Impfkapazitäten geschaffen werden können.

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

## II.2.14) Zusätzliche Angaben

### **Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

#### III.1) Teilnahmebedingungen

##### III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

A) Basisinformation zum Unternehmen des Bewerbers (Name, Sitz, Rechtsform, Gründungsjahr, Kontaktdaten) bzw. zu den an der Bewerbergemeinschaft beteiligten Unternehmen (Name, Sitz, Rechtsform, Gründungsjahr, Kontaktdaten, Leistungsanteil) (soweit zutreffend) (Formblatt B.2.);

B) Eigenerklärung des Bewerbers, dass die in §§ 123, 124 GWB bzw. die in § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes genannten Ausschlusskriterien nicht vorliegen und § 7 Abs. 1 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz und § 3 Abs. 1 Entgelttransparenzgesetz erfüllt werden; bzw. Eigenerklärung für ausländische Bewerber, dass keine Ausschlusskriterien vorliegen, die nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes mit §§ 123, 124 GWB bzw. § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes vergleichbar sind und alle Anforderungen erfüllt werden, die § 7 Abs. 1 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz und § 3 Abs. 1 Entgelttransparenzgesetz entsprechen; sowie Eigenerklärung des Bewerbers über die Zahlung von Steuern und Abgaben (Formblatt B.3.).

C) Eigenerklärung (soweit erforderlich) der Bewerbergemeinschaftsmitglieder zur gesamtschuldnerischen Haftung und Benennung desjenigen, der die Bewerbergemeinschaft vertritt einschließlich Nachweis der Vertretungsmacht (Formblatt B.4.).

Bei Bewerbergemeinschaften sind die gern. Ziffer 111.1.1) bis 111.1.3) geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem Mitglied gesondert zu erbringen.

D) Eigenerklärung zum Unterauftragsnehmereinsatz (soweit zutreffend). (Formblatt B.5.).

E) Im Fall einer Eignungsleihe (soweit zutreffend): Eigenerklärung zur Eignungsleihe, einschließlich Verpflichtungserklärung des Unterauftragnehmers/sonstigen Dritten. Im Falle der Eignungsleihe (= Inanspruchnahme der Fachkunde oder Leistungsfähigkeit eines Unterauftragnehmers oder sonstigen Dritten) hat der Bewerber eine verbindliche Verpflichtungserklärung des jeweiligen Unternehmens vorzulegen, dass ihm die Mittel zur Verfügung stehen werden bzw. dass der Dritte die Leistung ausführen wird (§ 47 Abs. 1 VgV) sowie eine Erklärung der gemeinsamen Haftung des Bewerbers und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe (Formblatt B.6.).

Jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung eines oder mehrerer Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, muss folgende Erklärungen vorlegen:

a) Erklärungen, dass die in §§ 123, 124 GWB bzw. die in § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes genannten Ausschlusskriterien nicht vorliegen und § 7 Abs. 1 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz und § 3 Abs. 1 Entgelttransparenzgesetz erfüllt werden; für ausländische Unternehmen: Eigenerklärung, dass keine Ausschlusskriterien vorliegen, die nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes mit §§ 123, 124 GWB

bzw. § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes vergleichbar sind und alle Anforderungen erfüllt werden, die 4 / 6

§ 7 Abs. 1 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz und § 3 Abs. 1 Entgelttransparenzgesetz entsprechen; sowie Eigenerklärung des Bewerbers über die Zahlung von Steuern und Abgaben (Formblatt B.3.); b) Nachweis der Eignung des Unternehmens, dessen Kapazitäten der Bewerber oder Bieter für die Erfüllung eines oder mehrerer Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, in Bezug auf die Eignungskriterien entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe. (Verwendung des entsprechenden Formblatts (soweit vorhanden) je nach dem, welche Eignung in Anspruch genommen werden soll). Auf § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV wird ausdrücklich hingewiesen.

### III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

F) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten 3 Geschäftsjahren (Formblatt B.7.);

G) Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers mit vergleichbaren Dienstleistungen in den letzten 3 Geschäftsjahren (Formblatt B.8.).

Vergleichbare Dienstleistungen sind beispielsweise der Betrieb von Impfzentren oder ähnlichen medizinischen Einrichtungen.

H) Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme je Versicherungsfall i. H. v. 2,0 Mio. EUR für Personenschäden, sowie von 100.000 EUR für Sachschäden und 50.000 für Vermögensschäden (Formblatt B.9.). Ein Nachweis der Berufshaftpflichtversicherungsdeckung gem. § 45 Abs. 4 S. 1 Nr. 2 VgV bzw. eine schriftliche Erklärung des Versicherers zur Erhöhung der Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall muss den Bewerbungsunterlagen beiliegen (Formblatt B.9.).

### III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1) Fachliche Qualifikation des Bieters: Allgemeine Referenzliste über die in den letzten 2 Jahren (seit 2020) erbrachten vergleichbaren Dienstleistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind, unter Angabe von Leistungszeit, Auftragsgegenstand, Leistungsumfang sowie des öffentlichen oder privaten Auftraggebers (eine Bescheinigung des Auftraggebers i.S.d. Vergaberechts ist nicht erforderlich). (Formblatt B.10.)

Diese Liste der Referenzen dient der Prüfung der fachlichen Eignung (§ 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV).

J) Angabe und Nachweis der Qualifikation des eingesetzten Personals (Verwaltungsleistung und Stellvertretung) durch Qualifikationsnachweise, die Angabe persönlicher Referenzen und sonstige Angaben und Belege der Qualifikation und Berufserfahrung (Formblatt B.11.).

### III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

#### III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Direkter Link zur Eigenerklärung -- siehe Link [https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EuBekEigenUrl?z\\_param=228615](https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EuBekEigenUrl?z_param=228615)

## **Abschnitt IV: Verfahren**

### IV.1) **Beschreibung**

#### IV.1.1) **Verfahrensart**

Offenes Verfahren

Beschleunigtes Verfahren

Begründung:

Impfungen gegen das Coronavirus sind zur weiteren Bewältigung der Pandemie von zentraler Bedeutung. Erforderlich sind sowohl Auffrischungsimpfungen als auch Erst- und Zweitimpfungen von bisher ungeimpften Personen. Eine frühere Ausschreibung der Beschaffung war nicht möglich, da die entsprechenden Hinweise zur Neuausrichtung der Bayerischen Impfstrategie den Kreisverwaltungsbehörden wie dem Auftraggeber erst am 29.08.2021 mitgeteilt wurden.

**IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

**IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

**IV.2) Verwaltungsangaben**

**IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 27/09/2021

Ortszeit: 10:00

**IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

**IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

**IV.2.6) Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 15/10/2021

**IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Tag: 27/09/2021

Ortszeit: 10:00

**Abschnitt VI: Weitere Angaben**

**VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

**VI.3) Zusätzliche Angaben:**

Ergänzung zu Ziffer III.1.1. lit. D):

Hinweis: Erfüllt ein Unternehmen diejenigen Eignungskriterien nicht, dessen Kapazitäten der Bewerber oder Bieter für die Erfüllung eines oder mehrerer Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, kann der Auftraggeber vorschreiben, dass der Bewerber oder Bieter das entsprechende Unternehmen ersetzen muss (§ 47 Abs. 2 VgV). Nimmt der Bewerber oder Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die wirtschaftliche oder finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, kann der Auftraggeber eine gemeinsame Haftung des Bewerbers oder Bieters und des (jeweils) anderen Unternehmens entsprechend dem Umfang der Eignungslieferung verlangen (§ 47 Abs. 3 VgV).

Ergänzung zu Ziffer IV:Verfahren:

Das Risiko für den rechtzeitigen Eingang der Bewerbungsunterlagen liegt beim Bewerber.

Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgegeben. Angebote sind zwingend über die Funktion der elektronischen Angebotsabgabe des Vergabeportals [www.baysol.de/staatsanzeiger-eservices.de](http://www.baysol.de/staatsanzeiger-eservices.de) zu übermitteln. Auf postalischem Wege sowie per E-Mail, per Telefax oder auch über die Bieterkommunikation des Vergabeportals übermittelte Teilnahmeanträge sind nicht zugelassen. Zusätzliche bzw. ergänzende Bewerbungsunterlagen auf Datenträgern werden nicht berücksichtigt. Die Unterlagen sind wie durch das Vergabeportal vorgesehen dort einzureichen.

**VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

**VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern  
Postanschrift: Maximilianstr. 39  
Ort: München  
Postleitzahl: 80538  
Land: Deutschland  
Telefon: +49 8921762411  
Fax: +49 8921762847  
Internet-Adresse: <http://www.bundeskartellamt.de>

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

(Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

07/09/2021